

Entwicklungen & Trends 2015

Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung und Preise

von Onno Poppinga

Wetter und anderes mehr

Nach einem eher »normalen« Winter mit Regen, Schnee und Frosttagen zeichnete sich schon im März/April eine »Zweiteilung« ab: im Norden und Süden eher ausreichend bis reichlich Niederschläge, in der Mitte und im Osten dagegen Trockenheit. In Hessen, Franken, Sachsen und Südbrandenburg waren die Böden nach Aussagen des Deutschen Wetterdienstes so trocken wie seit 50 Jahren nicht mehr. In diesen Regionen fiel bereits der erste Grünlandschnitt unterdurchschnittlich aus; der Mais als Nachbau nach Roggen oder Weidelgras entwickelte sich sehr verzögert; in den Getreidebeständen waren Teilflächen mit schlechter Wasserversorgung deutlich zu erkennen; in Gemüse- und Kartoffelbetrieben fehlte bisweilen die Feuchtigkeit für die Jugendentwicklung der Pflanzen. Im ersten Drittel des Julis und in den ersten Augustwochen gab es in vielen Regionen Temperaturen über 30, ja bis in die Nähe von 40 Grad Celsius.

Ganz anders in den nördlichen und südlichen Regionen mit höheren Niederschlägen. Selbst in Regionen mit sehr geringem Wasserhaltevermögen wie der Lüneburger Heide gab es »Niederschläge satt«. Entsprechend unterschiedlich waren die Bedingungen für die Silage und für die Getreideernte. Länger anhaltende Hochdruckwetterlagen erleichterten im Spätsommer/Frühherbst die Erntearbeiten (Kartoffeln/Zuckerrüben), die Bodenbearbeitung und die Aussaat des Wintergetreides (als »liebster Begleiter« des »modernen Ackerbaus« war immer wieder eine Behandlung mit »Roundup« zu beobachten).

***Trockenheit im Osten –
Regen satt im
Norden und Süden***

Boden und Arbeit

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden in Deutschland 16,8 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaftet. In der Landwirtschaft beschäftigt waren (2013) 1,02 Millionen Arbeitskräfte insgesamt. Davon waren 506.000 Familienarbeitskräfte, 201.000 ständige familienfremde Arbeitskräfte und 314.000 nichtständige familienfremde Arbeitskräfte (Saisonarbeitskräfte) (siehe Tab. 1).

Von der gesamten selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche finden sich 67 Prozent in den alten, 33 Prozent in den neuen Bundesländern. Entsprechend der sehr unterschiedlichen Agrarstrukturen stellen sich auch die Verhältnisse bei den Arbeitskräften sehr unterschiedlich dar.

Tab. 1: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2013¹

Familienarbeitskräfte insgesamt*	506.000	100 Prozent
in den alten Bundesländern	477.000	95 Prozent
in den neuen Bundesländern	27.000	5 Prozent
familienfremde Arbeitskräfte insgesamt	515.000	
davon: ständige	201.000	100 Prozent
in den alten Bundesländern	121.000	60 Prozent
in den neuen Bundesländern	79.000	40 Prozent
nicht-ständige (Saison)Arbeitskräfte	314.000	100 Prozent
in den alten Bundesländern	273.000	87 Prozent
in den neuen Bundesländern	40.000	13 Prozent

* Absolute Zahlenangaben jeweils gerundet.

Der Vergleich der Zahl der Familienarbeitskräfte macht zum einen überaus deutlich, in welchem geringem Umfang es in der Zeit der Wende ermöglicht worden ist, wieder Familienbetriebe zu begründen. Nur fünf Prozent der Familienarbeitskräfte sind auf Betrieben in einem der neuen Bundesländer tätig. In gewisser Weise muss es dann aber überraschen, dass auch bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften mit 60 Prozent die Mehrzahl in den westdeutschen Bundesländern beschäftigt ist. Der Anteil (40 Prozent) in den neuen Bundesländern liegt nur wenig über dem Anteil dieser Bundesländer an der Landwirtschaftsfläche (33 Prozent).

**Im Westen pro Fläche
doppelt so viel
Menschen beschäftigt**

Diese Vergleiche legen eine Gegenüberstellung des Verhältnisses Arbeitskräfte insgesamt in den alten und neuen Bundesländern zu ihrem jeweiligen Anteil an der Fläche nahe. Mit dem Ergebnis, dass pro Flächeneinheit in den westdeutschen Bundesländern doppelt so viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind wie in den neuen Bundesländern. Obwohl in den Debatten über die unterschiedlichen Agrarstrukturen regelmäßig auf die große Bedeutung der Großbetriebe für die Beschäftigten hingewiesen wird, zeigt sich, dass die Möglichkeiten für die Beschäftigung von Arbeitskräften in den alten Bundesländern ungleich bedeutender sind.

Die Tatsache, dass 87 Prozent der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte in den westdeutschen Bundesländern zu finden waren, verweist natürlich darauf, dass dort auch die meisten Betriebe mit Sonderkulturen (Spargel, Obst, Erdbeeren, Wein etc.) zu finden sind.

Bodenpreise

Es ist nun schon mehrere Jahre her, dass die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Grundstücke teurer wurden. Als Ursachen wurden vor allem der Ausbau der Massentierhaltung, die anhaltende regionale Konzentration vor allem bei Schweine- und Geflügelbeständen, intensiver Feldgemüseanbau (unter anderem Spargel) sowie der Ausbau der Biogasanlagen erkundet (letzteres ist allerdings schon Geschichte; ein weiterer Zubau erfolgte 2015 wie schon 2014 nicht mehr).

**Große regionale
Unterschiede
bei Bodenpreisen**

So wichtig wie die Beobachtung der steigenden Kauf- und Pachtpreise, sind aber auch die Hinweise,

- dass unverändert überaus große lokale und regionale Unterschiede vorliegen;
- dass die Käufe von Landwirten überlagert werden durch die Käufe von Investoren, die sichere und rentierliche Kapitalanlagen suchen.

»Mit Längen« am teuersten waren 2014 die Kaufpreise in Bayern (41.440 Euro pro Hektar) und in Nordrhein-Westfalen (40.049 Euro pro Hektar).² Auf den weiteren Plätzen der Rangliste standen Niedersachsen mit 30.819 Euro, Schleswig-Holstein mit 26.311 Euro und Hessen mit 23.021 Euro pro Hektar. Zwar sind auch die Grundstückspreise in den neuen Bundesländern stark angestiegen (Mecklenburg-Vorpommern brachte es als Spitzenreiter auf plus 23 Prozent gegenüber 2013!), aber sie sind – ebenfalls mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern

(17.593 Euro pro Hektar) – noch sehr weit vom westdeutschen Niveau entfernt. Thüringen bildet das Schlusslicht mit 9.430 Euro pro Hektar. Dabei war Grünland fast überall deutlich billiger als Ackerland. Zu bedenken ist bei dieser Preisentwicklung immer aber auch, dass es eine enge Verbindung gibt zwischen der allgemeinen Entwicklung der Bodenpreise (für Gewerbe, Wohnbebauung und Infrastruktur) und den Kaufpreisen für landwirtschaftliche Grundstücke.

Betriebe

Die aktuellen statistischen Angaben zur Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Flächen liegen leider nur für das Jahr 2013 vor. Sie zeigten:

- Im Jahr 1999 gab es noch 434.130 Betriebe, 2010 noch 271.800 und im Jahr 2013 war die Zahl der Betriebe auf 260.500 gefallen (minus vier Prozent).
- Bei allen landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als 100 Hektar Betriebsgröße ging die Zahl der Betriebe gegenüber 2010 zurück. Dieser Rückgang war deutlich am stärksten bei den Betrieben mit weniger als 50 Hektar (minus sechs Prozent).
- Die Zahl der Betriebe mit mehr als 100 Hektar Betriebsfläche hat stark zugenommen; am stärksten bei den Betrieben mit mehr als 200 Hektar (plus sieben Prozent).

**Wachstumsschwelle
bei über 100 Hektar**

Angesichts der extremen Unterschiede in den Agrarstrukturen zwischen Ost-, Nord- und Süddeutschland stellen sich die regionalen Verhältnisse aber durchaus eigenständig dar:

- In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Betriebe mit mehr als 100 Hektar bei sechs Prozent, in Niedersachsen bei 20 Prozent und in Sachsen-Anhalt bei 50 Prozent.

**Deutlich weniger
Betriebe als in der
Statistik angegeben**

Zu berücksichtigen bei allen statistischen Angaben ist aber immer, dass es mindestens die folgenden Gründe gibt, die dazu führen, dass die Zahl der real existierenden Betriebe deutlich geringer ist, als in der Statistik angegeben:

- Wegen der unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen für landwirtschaftliche Produkte gibt es bei Unternehmen mit Massentierhaltung die Praxis vielfacher Betriebsteilungen.
- Für die Investitionstätigkeit von außerlandwirtschaftlichen Kapitalanlegern ist es charakteristisch, die aufgekauften Betriebe nicht zusammenzulegen, sondern als »eigenständige« Betriebe weiter bestehen zu lassen.
- Vor allem wegen der Betriebsprämienregelung hat sich die Praxis der »Bewirtschaftungsverträge« deutlich ausgedehnt. Betriebe, die eigentlich nicht mehr selbständig wirtschaften, sondern nur noch »Hohlkörper« sind, erscheinen so weiter in der Statistik.

Einen erheblichen Einfluss hatte in der Vergangenheit und hat weiterhin die Verpflichtung, dass Betriebsleiter nach Erreichen des 65. Lebensjahres ihren Hof abgeben müssen, wenn sie die Altersrente beziehen wollen. In dieser Frage ist eine stark politische Dynamik hineingekommen, ohne dass aber die Abschaffung der Verpflichtung zur Hofabgabe schon erreicht worden ist.

**Altersrente:
Verpflichtung zur
Hofabgabe nach wie
vor umstritten**

Es ist davon auszugehen, dass die langanhaltend ungünstigen Erlöse in der Ferkelerzeugung, bei Mastschweinen und in der Milchviehhaltung 2015 die Zahl der Betriebe noch weiter schrumpfen lassen wird.

Bodennutzung

Tabelle 2 gibt einen Einblick in die Veränderung der Bodennutzung für den Zeitraum 2012 bis 2015. Die auffälligsten Gegebenheiten sind:

- Das Getreide behält mit rund 6,5 Millionen Hektar seinen großen Anteil an der Nutzung der Ackerfläche (56 Prozent).
- Der Anteil der Kartoffeln an der Ackerfläche ist mit knapp zwei Prozent unverändert, der der Zuckerrüben deutlich rückläufig.

Tab. 2: Bodennutzung 2015*

Kulturart/Fruchtart	Anbaufläche in 1.000 ha (vorläufiges Ergebnis)			
	2012	2013	2014	2015v
Ackerland	11.834,0	11.875,9	11.869,2	11.871,0
Getreide zur Körnergewinnung ¹⁾	6.527,3	6.533,7	6.468,6	6.556,6
darunter				
– Weizen	3.056,7	3.128,2	3.219,7	3.288,4
– Roggen und Wintermenggetreide	708,5	784,6	629,9	623,1
– Gerste	1.677,8	1.570,4	1.573,7	1.628,7
– Hafer	145,4	131,5	123,8	126,3
– Sommermenggetreide	31,9	17,4	14,1	14,1
– Triticale	371,4	396,9	418,2	405,1
– Körnermais/Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)	526,2	497,0	481,3	458,9
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung	82,1	74,7	92,4	160,6
– Erbsen	44,8	37,9	41,7	79,1
– Ackerbohnen	15,8	16,5	20,5	37,7
Hackfrüchte	645,5	605,3	621,1	552,5
– Kartoffeln	238,3	242,8	244,8	234,1
– Zuckerrüben	402,1	357,4	372,5	313,6
– Andere Hackfrüchte (ohne Saatguterzeugung)	82,1	5,1	3,8	4,8
Gemüse, Erdbeeren u. a. Gartengewächse	132,1	132,3	139,8	136,3
Handelsgewächse	1.382,0	1.535,5	1.466,3	1.376,6
– Ölfrüchte	1.348,1	1.503,2	1.432,9	1.334,4
<i>Winterraps</i>	1.299,5	1.460,0	1.391,9	1.283,8
<i>Sommerraps, Winter- und Sommerrüben</i>	6,7	5,6	2,3	3,9
<i>Öllein (Leinsamen)</i>	26,4	3,7	4,2	5,0
<i>Sonnenblumen</i>	4,2	21,9	20,0	18,7
– andere Ölfrüchte	11,4	12,0	14,6	23,0
– andere Handelsgewächse ²⁾	33,9	32,3	33,4	42,1
Pflanzen zur Grünernte	2.815,3	2.760,3	2.857,1	2.743,8
– Getreide zur Ganzpflanzenernte	59,4	67,4	88,3	104,9
– Silomais / Grünmais (einschl. Lieschkolbenschrot)	2.038,0	2.003,2	2.092,6	2.100,1
– Feldgras / Grasanbau auf dem Ackerland	386,5	360,3	347,1	266,7
– Leguminosen zur Grünpflanzenernte ³⁾	273,7	273,9	273,8	258,7
– Andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte	57,7	55,5	55,2	13,4
Dauergrünland	4.630,8	4.621,0	4.650,7	4.679,1
– Wiesen	1.832,9	1.826,8	1.829,6	1.847,4
– Wiesen (einschließlich Mähweiden und Almen)	2.599,1	2.584,6	2.620,3	2.651,6
Stilllegungsflächen (ohne nachwachsende Rohstoffe), Brache ⁴⁾	214,6	198,8	188,6	303,4

* Vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung 2015.

1) Einschließlich Saatguterzeugung und anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2) Hopfen, Tabak, Heil-, Duft und Gewürzpflanzen, Hanf, Flachs, Kenaf, Miscanthus, Zichorien und anderes.

3) Bis 2009 Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch und Luzerne.

4) Rotations- und Dauerbrache, sonstige Brache, Wildäcker, ab 2006 einschließlich freiwillig aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommene Flächen (mit Ausnahme von Dauergrünland).

- Der Anteil der Handelsgewächse (das sind vor allem die Ölfrüchte Winter- und Sommer- raps) ist mit 1,37 Millionen Hektar hoch (11,6 Prozent), gegenüber den beiden Vorjahren aber leicht zurückgegangen.
- Die Pflanzen zur Grünernte behalten mit 2,74 Millionen Hektar ihren Anteil an der Ackerfläche (23,1 Prozent). Der Silomais hat zwar noch einen Zuwachs, er ist aber weit entfernt von der starken Zunahme in der Vergangenheit. Auffällig ist der Rückgang des Feldgrasanbaus (rund minus 80.000 Hektar gegenüber 2014). Es kann vermutet werden, dass der Feldgrasanbau als Hauptfrucht zum Teil ersetzt wird durch den Feldgrasanbau als Zwischenfrucht. In dieser Form findet vor allem bei Milchviehbetrieben mit starker Aufstockung der Kuhzahlen eine Intensivierung der Futterflächennutzung statt.
- Besonders auffällig ist, dass es von 2014 bis 2015 zu einer Ausdehnung der Flächen mit Hülsenfrüchten gekommen ist (von 22.000 auf 161.000 Hektar). Es ist anzunehmen, dass dies vor allem eine Wirkung der Regelungen zum »Greening« ist.

Überraschend ist die Aussage der Statistik, dass der Umfang des Dauergrünlandes mit 1,847 Millionen Hektar praktisch unverändert gegenüber 2014 geblieben sein soll. Die vielen Hinweise und Beobachtungen auf Grünlandumbruch zum Ende des Jahres 2014 lassen doch erhebliche Fragen zu dieser Aussage aufkommen. Kann das damit zusammenhängen, dass die Quelle (Bodennutzungshaupterhebung 2015) auf Angaben der landwirtschaftlichen Betriebe beruht?

Grünland – es spielte eine so große Rolle bei der Debatte um die letzte EU-Agrarreform; Grünland und Greening, darum schien es zu gehen. Kaum aber wurden die frommen Vereinbarungen in Verwaltungsakte gegossen, so bewegte sich alles in gewohnten Bahnen: Wo es noch Grünland gab, gab es auch Überlegungen, das Umbruchverbot durch Ausnutzung der Übergangszeit zu den neuen Regeln zu umgehen. In Niedersachsen waren das genau die zwei letzten Wochen vor Silvester: »Lohnunternehmer mussten ihre Mitarbeiter aus dem Urlaub zurückbeordern, die Saatgetreide-Vorräte beim Landhandel sind ausverkauft – es wird sogar schon Sommergetreide eingesät, um die umgebrochenen Flächen bestellen zu können.«³ Es bestätigte sich wieder einmal die schon alte Erfahrung, dass der Erhalt von Grünland nur gesichert werden kann, wenn seine Nutzung im Vergleich zu Ackerland wirtschaftlich ist. Gerade in Zeiten, in denen mit der Formel hantiert wird »Die Fläche ist die neue Quote«, steigt die Neigung zum Umbruch von Grünland. »Weidemilch« und »Heumilchprogramme« sind zwar freundliche Ansätze, bisher aber für einen Erhalt von Grünland nur von einer allzu geringen Bedeutung.

Einen ganz besonderen Beitrag zum vorher so lautstark geforderten »Schutz des Grünlandes« leistete sich die grüne Landwirtschaftsministerin in Hessen. So gibt es in Hessen im Rahmen der Ökoforderung als Ökoprämie in der nächsten Förderperiode für Grünland 190 Euro pro Hektar, für Acker dagegen 260 Euro pro Hektar.

Zweifelhafte Quelle

Grünlandumbruch nicht gestoppt

Tierhaltung

Nach der Zählung der Viehbestände am 3. Mai 2015 lag der Bestand an *Rindern* in Deutschland bei 12,65 Millionen Tieren; davon waren

- 4,29 Millionen Milchkühe,
- 682.000 sonstige Kühe,
- 1,07 Millionen Mastbullen (männliche Rinder 1 Jahr und älter)

Gegenüber der Viehzählung vom 3. Mai 2014 nahm somit die Zahl der Rinder um 52.000 Tiere, davon 20.000 Kühe, ab. Der Bestand an *Schweinen* insgesamt betrug 2015 insgesamt 28,1 Millionen Tiere; davon waren

- Zwei Millionen Zuchtschweine (50 Kilogramm und mehr Lebendgewicht),
- 5,6 Millionen Ferkel,
- 5,6 Millionen Jungschweine (unter 50 Kilogramm Lebendgewicht),
- 12,16 Millionen Mastschweine (mit mehr als 50 Kilogramm Lebendgewicht); die Zahl ist seit der Viehzählung vom 3. Mai 2014 nahezu unverändert geblieben.

Zahl der Rinder abnehmend – Schweine gleichbleibend

Der Bestand an *Schafen* hatte sich in der Vergangenheit stark vermindert; aktuell gibt es nur noch 1,6 Millionen Tiere.

**Öffentliche Debatte
über Massentierhaltung
ausgelöst**

Die Formen der Tierhaltung in Deutschland waren Gegenstand einer intensiven öffentlichen Diskussion. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik im Bundeslandwirtschaftsministerium thematisierte vor allem nicht-akzeptable Haltungsformen in Betrieben mit Massentierhaltung; in den Printmedien wie im Fernsehen gab es Beiträge in ungewöhnlich großer Zahl, die Kritik an bestimmten Haltungsformen vorstellten aber auch zahlreiche Beiträge, die gute Formen der Tierhaltung darstellten!

Vor allem die Inhaber einiger Großschlachthöfe waren es, die Initiativen zur Verbesserung des »Tierwohls« forderten. Wenn der Schlachtkonzern Tönnies mit der Tierrechtorganisation PETA überlegt, unter welchen Bedingungen er den Hinweis auf PETA für die Kennzeichnung bestimmter Produkte einsetzen kann (und darf) dann lässt das wohl nur den Schluss zu »Da ist Feuer unterm Dach«.

Entthornung: eine »ewige Weisheit«

**Kühe mit Hörner
erhöhen nicht
die Unfallgefahr**

Es gibt viele »Weisheiten« in der und über die Landwirtschaft, die nur dadurch fortleben, dass niemand mal prüfend nachschaut. Die Lehrmeinung »Ein Kilogramm Kraftfutter zusätzlich gefüttert ergibt zwei Kilogramm Milch« ist vielleicht die bekannteste »Weisheit«, die allgemein verbreitet und gelehrt wird, die aber von Anfang an Unsinn war. Eine ähnliche »Weisheit« scheint die verbreitete Aussage zu sein, »Kühe mit Hörner erhöhen das Unfallrisiko«. So auch die Überschrift einer in fast allen Wochenblättern abgedruckten Presseerklärung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 6. Juli 2015: »Mehr Sicherheit durch hornlose Rinder«. Folgende Zahlen werden genannt: 2014 habe es über 6.000 Unfälle beim Umgang mit Rindern gegeben. Bei 17 Prozent der Unfälle sei ein Kopfstoß der Kühe ursächlich gewesen; in 19 Prozent dieser Unfälle wiederum sei ein Horn Unfallverursacher.

**Nur bei drei Prozent
aller Unfälle war
ein Rinderhorn beteiligt**

Nun gibt es leider keine verlässlichen Zahlen, wie vielen Rindern ihre Hornansätze nicht ausgebrannt worden sind; Schätzungen schwanken zwischen 20 und 50 Prozent (Achtung: Mutterkühe müssen mitgerechnet werden!). Geht man vom niedrigen Wert 20 Prozent aus, so muss ein Vergleich mit den Zahlen der Berufsgenossenschaft ergeben: die gleiche Häufigkeit wie bei Kühen ohne Hörner! Fragt man weiter danach, bei wie viel Prozent aller Unfälle ein Horn beteiligt war, so landet man bei drei Prozent der Unfälle! Wer auf Basis solcher Zahlen die »fach- und tierschutzgerechte« Entthornung fordert, wie es die Berufsgenossenschaft alle Jahre wieder von sich gibt, der »hat se nicht mehr alle«.

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung

**Antibiotika: Abgabe
leicht rückläufig ...**

Es ist erst wenige Jahre her, dass der regelmäßige Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu einem öffentlich intensiv diskutierten Thema wurde. Schaut man in die wissenschaftliche Literatur ein wenig zurück, so ist aber überaus deutlich, dass bereits vor gut sechs Jahrzehnten die pharmazeutische Industrie Antibiotika als Mittel zur Verbesserung des wirtschaftlichen Erfolgs anbot und Professoren für Tierernährung diese »Fütterungsantibiotika« mit zahlreichen Studien begrüßten und begleiteten. 2006 wurden Fütterungsantibiotika dann EU-weit verboten – was an deren Einsatz aber offenbar zunächst wenig änderte. Es ist ohne Zweifel das Verdienst der Humanmediziner mit dem Aufgabenfeld »Krankenhaushygiene«, dass es zu einer Problematisierung und vergleichsweise schnell zu regulierenden Maßnahmen kam. Zu einschneidend ist das Problem der resistenten Keime, als dass hier eine lange Verzögerungspolitik von Pharma- und Agrarindustrie hätte Erfolg haben können.

**... auf nach wie vor
hohem Niveau**

Nach Angaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelqualität (BVL) ging 2014 die an Tierärzte abgegebene Menge an Antibiotika um 214 Tonnen (circa 15 Prozent) auf 1.238 Tonnen (!) zurück. Eine Ausnahme bildete hier Brandenburg, wo die Menge an Antibiotika, die an Tierärzte abgegeben worden ist, um 15 Tonnen *zunahm*. Im Gegensatz zum Rückgang dieser »normalen« Antibiotika blieb der Einsatz der sog. »Reserveantibiotika« in der Tierhaltung auf gleichbleibend hohem Niveau.

Im Frühjahr 2015 wurden nun zum ersten Mal bundesweit Antibiotikakennzahlen veröffentlicht mit dem unmittelbaren Ziel, bei Betrieben mit überdurchschnittlichem Antibio-

Tab. 3: Ergebnis der Therapiehäufigkeitsberechnung auf Basis der staatlichen Antibiotikadatenbank für das zweite Halbjahr 2014.⁴

	Kennzahl 1: »Median«	Kennzahl 2: »3. Quartil«
Mastkälber bis 8 Monate	0,000	5,058
Mastrinder älter als 8 Monate	0,000	0,015
Ferkel bis 30 kg Körpergewicht	4,793	26,191
Mastschweine über 30 kg Körpergewicht	1,199	9,491
Masthühner	19,558	35,032
Mastputen	23,030	47,486

tikaeneinsatz eine Verminderung durchzusetzen. In die zugrunde liegende Antibiotikadatenbank (siehe Tab. 3) gehen die Meldungen der Einzelbetriebe ein. Dort werden sie unterteilt in: »Median« (die Zahl, die in der Mitte aller, nach Wert geordneten Daten steht) und in »Quartile« (die Aufteilung der ermittelten Werte in vier Teile, in denen je 25 Prozent der Daten stehen). Es wurde politisch entschieden, dass die Landwirte dann handeln müssen, wenn die individuellen Werte ihres Betriebes die Durchschnittswerte für das 3. Quartil übersteigen.

Betrachtet man Tabelle 3, so fällt auf, dass die Angaben zum Antibiotikaeinsatz mit 0,0 als Median-Wert und 5,058 als Quartil-Wert bei Mastkälbern angesichts früherer Zahlenangaben gänzlich unglaublich niedrig sind. An der Spitze der Therapiehäufigkeit steht nach wie vor das Mastgeflügel mit 23 als Medianwert der Mastputen!

Für alle Tierhalter gilt nun, dass sie sich über die einzelbetrieblichen Werte für ihre Tierhaltung bei der HIT-Datenbank erkundigen müssen und dass sie – wenn ihre Werte die Kennzahl 2 noch übertreffen – gemeinsam mit einem Tierarzt einen »Maßnahmenplan« zur Verringerung des Antibiotikaeinsatzes erstellen und dem Veterinäramt zuschicken müssen. – Zu erinnern ist aber daran, dass Grundlage für die Angaben über den Antibiotikaeinsatz nur die freiwilligen Angaben der Landwirte sind.

Entwicklung der Intensität

Mineraldünger Aufwand

Betrachtet man den durchschnittlichen Aufwand an Mineraldünger je Hektar (ohne Brache) für die letzten zehn Jahre (Wirtschaftsjahr 2004/05 bis 2013/14), so ist:

- gegenüber dem vorherigen Wirtschaftsjahr 2012/13 fast die gleiche Einsatzmenge zu beobachten: Stickstoff 102 Kilogramm pro Hektar, Phosphat 17 Kilogramm pro Hektar, Kali 28 Kilogramm pro Hektar. Nur bei Kalk stieg die Düngermenge um 20 Kilogramm auf 168 Kilogramm pro Hektar;
- gegenüber den letzten zehn Jahren ein leichter Rückgang festzustellen (bei starken Schwankungen zwischen einzelnen Jahren).

Im Zusammenhang mit der immer wieder neu diskutierten Frage nach der Effizienz unterschiedlicher Wirtschaftsweisen pro Flächeneinheit seien hier auch mal die Einsatzmengen (nur »Rein-Nährstoffe«) als Gesamtgewichte angegeben (2013/14)

- Stickstoff 1.675.000 Tonnen
- Phosphor 284.000 Tonnen
- Kali 457.000 Tonnen
- Kalk 2.777.000 Tonnen

Es sind schon gewaltige Mengen, die hier bewegt werden, um eine hohe »Flächeneffizienz« zu erreichen.

**Antibiotika:
Mastputen an der Spitze
der Therapiehäufigkeit**

**Mineraldünger:
leichter Rückgang
von hohem Niveau**

**Überhöhter Tierbesatz
Hauptursache für
Stickstoffüberschüsse**

Für die seit vielen Jahrzehnten aktuelle Frage, wie viele Nährstoffe gedüngt werden können, ohne dass es zu Austrägen (in die Luft, in Grund- und Oberflächenwasser) kommt, sind neben den eingesetzten Mineraldüngermengen auch die Ausscheidungen der Nutztiere zu berücksichtigen.

Es bedurfte eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die deutsche Bundesregierung, damit wieder Bewegung in die Regelung zur Düngemittelausbringung kam. Unverändert gibt es in zahlreichen Regionen ein Zuviel an Düngemitteln, wofür ein überhöhter Tierbesatz (überhöht pro Betrieb und/oder pro Region) in aller Regel der Hauptverursacher ist. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise beträgt der durchschnittliche (!) Tierbesatz bei den großen Haupterwerbsbetrieben 3,4 Großvieheinheiten (GV) je Hektar; das entspricht einem Stickstoffanfall von circa 270 Kilogramm pro Hektar!

Zentrale Änderungsvorschläge im aktuellen Referentenentwurf zur Düngeverordnung sind:

- Auch die Gärreste aus Biogasanlagen müssen eingerechnet werden.
- Das generelle Ausbringungsverbot für organische Düngemittel wird von drei auf vier Monate ausgedehnt.
- Die Güllelager müssen so dimensioniert sein, dass der Gülleanfall von sechs Monaten aufgenommen werden kann-
- Für größere Betriebe wird ab 2018 eine Hoftorbilanz vorgeschrieben.

**Bauernverband
verliert langsam
Rückhalt in der Politik**

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in den Regionen mit Massentierhaltung und beim Deutschen Bauernverband. Wie könnte es auch anders sein. Letzterem gehen aber so langsam die »Wasserträger« unter den Parlamentariern aus. So ist es doch auffällig, dass sich immer weniger Politiker finden, die sich unmittelbar vor Forderungen des Bauernverbands stellen. Das neue CDU-Agrarprogramm, in dem »Tierwohl« über alles geht, ist ein Beispiel dafür.

Wie immer bewirken solche Verschärfungen leider aber auch, dass die Betriebe damit weiter belastet werden, die wegen ihrer Wirtschaftsweise (z. B. an die Fläche angepasster Viehbestand) die Böden nicht überfordern. Das ließe sich zwar leicht ändern, ist aber nicht gewollt, wird dadurch doch der »Strukturwandel« vorangetrieben.

Pestizideinsatz

Die Tabelle 4 macht deutlich:

**Keine Trendwende
beim Pestizideinsatz**

- Der Pestizideinsatz bewegt sich seit einigen Jahren auf einem Niveau von gut 30.000 Tonnen Wirkstoffmengen.
- Im Vergleich zum Vorjahr wurden fast 2.000 Tonnen mehr eingesetzt. Diese Zunahme ergab sich vor allem durch einen Mehreinsatz von 2.200 Tonnen Wirkstoffmengen bei den Fungiziden. Die Schwankungen zwischen den Jahren sind vor allem witterungsbedingt.

Die Spalte »Ausfuhr« (Wirkstoffmengen) 2015 macht deutlich, in welchem außerordentlichen Umfang Pestizide, die in Deutschland produziert (und/oder aus anderen Ländern eingekauft) wurden, in den Export gingen. Bei den Fungiziden ist das nicht weniger als die dreifache Menge im Vergleich zu der, die in Deutschland selber eingesetzt wurde! Für Unternehmen wie beispielsweise die BASF betreffen Düngemittel, Pestizide und Saatgut unverändert strategische Kernziele des Unternehmens.

**Glyphosat laut WHO
»wahrscheinlich
krebserregend«**

Angesichts der Lobbymacht dieser Unternehmen ist es sehr erfreulich, dass verschiedene Agrarminister der Grünen wieder die Forderung nach einer Steuer (oder Abgabe) auf Pestizide in die politische Diskussion zurückbringen. Solche Abgaben gibt es schon in Dänemark, Schweden und Frankreich.

Bezüglich Pestizide waren es wohl die folgenden Nachrichten, denen besondere Bedeutung zukommt:

- Im März stufte die Internationale Krebsforschungsagentur der WHO das Pestizid Glyphosat als »wahrscheinlich krebserregend« und »erbgutverändernd« ein. Das war schon ein Paukenschlag. Hinzu kam, dass eine Expertengruppe des »Gemeinsamen Treffens« zwischen WHO und FAO (=IMPR) eine vollständige Neubewertung von Glyphosat verlangte. Bisher seien viele der von den Tumorforschern der WHO verwendeten Studien bei der Bewertung

Tab. 4: Inlandsabgabe von Pestiziden in Tonnen Wirkstoffmengen⁵

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Ausfuhr (2014) Wirkstoffmengen in t
Herbizid	14.619	16.675	17.955	19.907	17.896	17.887	12.131
Fungizide	10.922	10.431	10.474	9.066	10.387	12.669	38.601
Insektizide, Arkarizide	1.030	941	883	1.117	940	1.061	3.595
Sonstige Wirkstoffe	12.186	12.797	14.553	15.437	14.542	14.542	11.875
Summe	38.757	40.844	43.865	45.527	43.765	46.103	66.202
Summe ohne inierte Gase	30.162	31.425	33.067	33.814	32.551	34.515	65.022

von Glyphosat gar nicht berücksichtigt worden. Außerdem müsse nicht nur der Wirkstoff Glyphosat als solcher, sondern auch die Mischung mit mehreren anderen Wirkstoffen wie »Roundup« in die Untersuchungen einbezogen werden.

Die Skepsis gegenüber der Art des Umgangs durch das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) mit der Bewertung von Glyphosat erhöhte sich weiter, als sich herausstellte, dass das BfR auch Leserbriefe an eine Fachzeitschrift »als wissenschaftliche Quellen« aufgeführt hat. Trotz dieser immer stärker grundsätzlichen Kritik wurde die Zulassung von »Roundup« in der EU (vorläufig) um ein halbes Jahr verlängert.

- Mitte des Jahres 2015 brachte sich die altbekannte Tatsache in Erinnerung, dass einige Pestizide ausgesprochen leicht flüchtig sind und sich über große Entfernungen verbreiten können. Ausgangspunkt waren Belastungen von Gemüse (unter anderem Fenchel), das auf dem ökologisch bewirtschafteten Gut Wilmersdorf in Brandenburg (im Biosphärenreservat Chorin) angebaut worden war. Belastet war das Gemüse mit Rückständen der Herbizide Pendimethalin und Prosulfocarb. Dass es sich um Ferntransporte dieser Pestizide handeln musste, ergab sich schon daraus, dass der nächste konventionelle Betrieb mehrere Kilometer entfernt war. Es konnte sich also nicht um Abdrift von benachbarten Feldern handeln. Pendimethalin und Prosulfocarb gehören zu den zehn am häufigsten in Deutschland eingesetzten Wirkstoffen. Die EU hatte schon zuvor versucht, die Fernwirkung dieser Pestizide durch Erhöhung der zulässigen Grenzwerte bei einzelnen Gemüsearten zu »lösen«.
- Die Auseinandersetzungen hielten auch in Bezug auf die Wirkstoffgruppe der Neonikotinoide an (2013 veranlasste die EU-Kommission eine Einschränkung von bestimmten Anwendungen). Eine in der Zeitschrift *Nature* veröffentlichte Untersuchung forderte dazu auf, nicht nur die Auswirkung des Einsatzes von Neonikotinoiden auf die Honigbiene zu beachten, sondern auch die Wirkung auf andere für die Bestäubung von Pflanzen sehr wichtige Arten wie Hummeln, Wildbienen, Schwebfliegen und Schmetterlinge.⁶ Bei all diesen Arten mit sehr wichtigen »Ökosystemleistungen« gibt es seit Jahren starke Rückgänge.
- Während es schon seit Jahren insbesondere aus Süd- und Mittelamerika Berichte über Vergiftungen bei Menschen durch Einsatz von Pestiziden gibt, gelang es im September 2015 einem französischen Bauern ein Gerichtsurteil zu erreichen, dass Monsanto »vollumfänglich« für die bei ihm aufgetretenen Gesamtschäden aufkommen muss. Er hatte 2004 das Monsanto Produkt »Lasso« eingesetzt und hatte bei der Kontrolle einer Tankmischung giftige Dämpfe eingeatmet (in Frankreich war »Lasso« bis 2007 zugelassen). Er verlor das Bewusstsein, lag mehrere Wochen im Koma und es blieben starke Folgeschäden zurück. Es handelte sich wohl um das erste Urteil dieser Art in der EU.
- Es ist fraglos die Aktivität der »Interessengemeinschaft Botulismus«, die dafür sorgt, dass das Problem des »vizeralen Botulismus« in der öffentlichen Diskussion bleibt (vizeral = das Gift wird in den Eingeweiden – im Darm – gebildet, im Unterschied zur oralen Aufnahme). Mehrere Zeitungen und Fernsehbeiträge berichteten auch 2015 über die dramatischen Folgen, die diese Krankheit für Rinder und für Tierbetreuer haben kann.

**Kritik am Vorgehen
des Bundesamts
für Risikobewertung**

**Pestizide
mit Fernwirkung**

**Landwirt erreichte
vollumfängliche Haftung
von Monsanto**

Bereits im Jahr 2006 veröffentlichte *top agrar*⁷ die Schätzung von Professor Böhnel (Göttingen), wonach bei mehr als 1.300 Betrieben die Krankheit aufgetreten sei. In den meisten Betrieben stirbt ein Teil der Tiere; der größere Teil leidet dagegen an zahlreichen Erkrankungen, magert ab, die Milchleistung bricht ein.

Nach Professorin Krüger (Universität Leipzig) könnte Glyphosat, das die Kühe über das Futter aufgenommen haben, bei dieser Krankheit eine zentrale Rolle spielen. Es bewirkt im Pansen der Kühe, dass wichtige Antagonisten zu EHEC und anderen Bakterien der Gattung *Escherichia* sowie zum Bakterium *Chlostridium botulinum* geschwächt werden bzw. ganz ausfallen. Die Toxine des *Chlostridium botulinum* sind es dann, die zum Tod oder häufiger noch zu unterschiedlichen, vielfach chronischen Erkrankungen der Tiere führen.

**Möglicher
Zusammenhang:
Glyphosat und
Botulismus**

Eine Studie an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, die im September 2014 auf einer Tagung in Hannover vorgestellt wurde,⁸ hatte dagegen das Ergebnis, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem *Chlostridium botulinum*, dem Vorkommen von Glyphosat und dem chronischen Krankheitsgeschehen gebe. Sie vermutete, dass Managementfehler der Landwirte eine wesentliche Ursache für den schlechten Gesundheitszustand der betroffenen Rinderherden seien. Sie erhielten heftigen Widerspruch durch die Professoren Böhnel (Göttingen), Krüger (Leipzig) und Zessin (Berlin). Kritisiert wurde vor allem die Auswahl der Betriebe (subjektive Auswahl durch Agrarverwaltung, viel zu kleine Fallgruppen, ungeeignete Untersuchungsmethoden).⁹

Die Auseinandersetzung ist nicht nur wichtig für die betroffenen Betriebe, sondern auch für die Frage der Impfung gegen *Chlostridium botulinum* und für Fragen der Entschädigung.

Erzeugerpreise 2015

Milch

Es kündigte sich schon im Herbst 2014 an: Die ausgesprochene »Hoch-Preis-Phase« bei Milch (die Erzeugerpreise für konventionell erzeugte Milch lagen für mehrere Monate in der Nähe von 40 Cent pro Kilogramm) gingen in einen Tiefflug über. Die Erzeugerpreise fielen bei allen Molkereien von Monat zu Monat ab. Im August 2015 bewegten sich die Erzeugerpreise bei den vier großen Molkereien DMK, Friesland-Campina, Hochwald und MUH Arla/Walhorn nur noch zwischen gut 26 Cent (DMK) und gut 30 Cent (Hochwald) pro Kilogramm. Nicht ganz so stark war der Absturz beim Großteil der süddeutschen Molkereien.

**Milchpreiskrise und
Superabgabe ...**

Vermutlich hätte das Einbrechen der Erzeugerpreise bereits einige Monate früher eingesetzt und wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht zahlreiche Milchviehbetriebe versucht hätten, die Milcherzeugung zu bremsen. Im Gegensatz zu vielen vorhergehenden Jahren zeichnete es sich nämlich immer deutlicher ab, dass im »letzten Jahr der Milchquote« die Superabgabe nicht durch Saldierung ausgehebelt werden konnte. Viele Betriebe hatten – Agrarwissenschaft, Bauernverband und Molkereiunternehmen vertrauend – mit einer starken Aufstockung ihrer Milchviehherde und Vergrößerung der Ställe Fahrt aufgenommen für die erwarteten »Segnungen« eines von der Quote befreiten Milchmarktes. Ihnen drohten nun hohe Strafzahlungen für die überlieferten Milchmengen. Im Extrem traf das zu für Betriebe, die ihre Quote noch ganz oder teilweise verkauft hatten, um die hohen Stallbaukosten zu finanzieren. 22 Cent pro Kilogramm überlieferter Milch behielten die Molkereien vom Milchgeld der Überlieferer ein und lieferten es an die Finanzverwaltung ab.

**... führen zu
Liquiditätsproblemen**

Davon wissend, versuchten viele der Betriebe, die überliefert hatten, zu bremsen: Verkauf von schwächeren Kühen und Reduzierung des Kraffuttereinsatzes gehörten zu den Maßnahmen. Das Zusammenfallen der extrem schlechten Erzeugerpreise mit der Zahlung der Superabgabe beschleunigte und verschärfte bei diesen Betrieben die Liquiditätsprobleme. Besonders zahlreiche Überlieferer gab es in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen; es kam in diesen Bundesländern sogar zu einer Abnahme der insgesamt erzeugten Milch.

Die Gründe für diesen extremen Verfall der Milchpreise waren vielfältig. Die auf jeder Molkereiversammlung versprochenen »wunderbaren Märkte« in den Schwellenländern verringerten ihre Nachfrage deutlich; der Boykott Russlands bei Nahrungsmittelimporten aus den westlichen Ländern als Antwort auf die von diesen ausgehenden Sanktionen verschärfte die Probleme zusätzlich.

Tab. 5: Gesamterzeugungskosten und »KO«-Schwelle der Milcherzeugung¹¹

	Ost	Süd	Nord	Deutschland
			in Cent je Kilogramm Milch	
Gesamterzeugungskosten abzüglich Beihilfen	40,8	48,92	40,12	45,44
»KO-Schwelle« (kein Einkommen für die Selbständigen)	38,4	29,77	29,51	30,98

Ein wichtiger Grund für den grandiosen Abfall der im Drittlandsexport erlösten Preise lag zudem darin, dass aus der EU bei den Milchprodukten, ganz im Gegensatz zu vielen Verlautbarungen, so gut wie keine Qualitäts-, sondern fast ausschließlich Massenprodukte wie Magermilchpulver, Butter und Käse ausgeführt wurden. Käse macht zwar 35 Prozent der Exportmenge aus, aber fast zwei Drittel des Käses hat die beliebig austauschbare »Qualität« von Schmelzkäse.¹⁰ Daran dürfte sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, denn die exportorientierten Molkereien haben in den zurückliegenden Jahren fast ausschließlich in (sehr große) Anlagen zur Erzeugung von Magermilchpulvern investiert.

Um die Bedeutung des Absturzes der Milcherzeugerpreise zu erahnen, werden in Tabelle 5 die Gesamterzeugungskosten Milch (April 2015) sowie die »KO-Schwelle« angegeben (KO-Schwelle: Milcherzeugungskosten ohne Einkommen für die Selbständigen).

Daraus ist abzulesen:

- dass die Lage in den ostdeutschen Lohnarbeitsmilchviehbetrieben extrem ist (hier dürfte nur eine Quersubventionierung ein Überleben ermöglichen);
- dass in einem großen Teil der süd- und norddeutschen Betriebe die Bauern und Bäuerinnen kein Einkommen mehr aus ihrer Arbeit mit den Milchkühen haben (»Arbeiten für lau«).

Die katastrophale Entwicklung der Milcherzeugerpreise wurde begleitet von äußerst schlechten Preisen für Kälber und einem starken Rückgang der Verkaufspreise auf den Zuchtvielmärkten. Im Gegensatz dazu hielten die Schlachtbullen- und Schlachtkuhnotierungen ihr Preisniveau.

Ganz anders dagegen war die Entwicklung der Erzeugerpreise für Milch vom Ökobetrieb: Waren die Erzeugerpreise für Biomilch parallel zu den Erzeugerpreisen für konventionelle Milch bis zum Herbst 2014 auf ein bisher noch nicht erreichtes Niveau angestiegen (45 bis 47 Cent pro Kilogramm Milch), so verblieben sie auch dann auf diesem Niveau, als die konventionellen Milcherzeugerpreise ihren katastrophalen Preissturz begannen. Im September 2015 lag die Differenz bei ca. 20 Cent pro Kilogramm Milch! Es sind vermutlich vor allem zwei Gründe, die zu dieser Abkopplung der Bio-Milcherzeugerpreise geführt haben:

- Die Nachfrage nach Produkten aus Biomilch ging langsam aber stetig aufwärts. Den Skandalen in einigen anderen Ökomärkten zum Trotz gab es bei der Milch keine Verunsicherung, sondern eine deutliche und stabile Zunahme in der Nachfrage.
- Es war ein Lernergebnis aus dem Biomilchstreik von 2007, dass für Biomilch kein Aufpreis gegenüber konventioneller Milch mehr gefordert werden sollte, sondern ein eigenständiger Preis. Das ist inzwischen bei vielen Molkereien durchgesetzt, bei einigen (z. B. für die Biosparte bei Arla) steht es noch aus.

Vereinzelte gab es sogar Biohöfe, die – nach Auslaufen der Quote – nun mit der Milcherzeugung neu anfangen. Aber Achtung: Auch mit 48 Cent sind für den Durchschnitt der Biobetriebe die Milcherzeugungskosten noch nicht gedeckt! Berechnet man die Gesamtmilcherzeugungskosten für Biomilch auf Basis der Testbetriebe nach der Berechnungsmethode des EU Dairy Farms Reports, so kam man schon für das Wirtschaftsjahr 2012/13 auf 52 Cent pro Kilogramm Biomilch.

»KO«-Schwelle liegt bereits bei 31 Cent pro Kilogramm Milch

Biomilch erreicht noch nie gekanntes Preishoch ...

... bei stabiler Zunahme der Nachfrage

Schweine

Die Preise für Ferkel und Schlachtschweine bewegten sich 2014/15 auf sehr niedrigem Niveau. Genaue Preisangaben sind wegen der unterschiedlichen Notierungsformen und Zuschläge bei großen Partien schwierig.

Als Orientierung kann aber gesagt werden, dass 28 bis 30 Kilogramm schwere Ferkel zwischen 30 und 40 Euro Erlösen und Schlachtschweine zwischen 1,30 und 1,40 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht. In einem Kommentar wurde die Situation folgendermaßen zusammengefasst: »Die Ferkelerzeugung schreibt tiefrote Zahlen und die Mäster fühlen sich seit Monaten wie die Geldwechsler.«¹² Hauptursache für das sehr niedrige Preisniveau ist ein Überangebot an Schlachtschweinen. Die Bestandsausdehnung und der Neubau immer größerer Schlachtanlagen basiert offenbar mehr auf Hoffnungen und Versprechungen als auf einer realistischen Einschätzung der Märkte. Zu dieser realistischen Einschätzung sollten auch Schlussfolgerungen aus der Tatsache gehören, dass die generelle Rolle der Schweinemastbetriebe gegenüber den zentralisierten Schlachtunternehmen eine denkbar hoffnungslose ist: Ihre wirtschaftliche Stellung ist die eines »Preisnehmers«. Sie haben keinerlei Einfluss und »müssen nehmen, was kommt«. Insofern haben die Schweineerzeuger wie die Milcherzeuger es mit dem gleichen Problem zu tun: Der Markt versagt bei ihnen prinzipiell.

**Marktversagen:
Schweinemäster in
Position des
Preisnehmers**

Getreide

Die in der Mitte Deutschlands vorherrschende trockene Großwetterlage mit zum Teil sehr hohen Temperaturen hatte vielfach zu der Befürchtung geführt, es werde insgesamt eine sehr schlechte Getreideernte geben. Das war aber nicht der Fall. Verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2014 waren beispielsweise in Westfalen die Erträge von Winterweizen, Wintergerste, Roggen, Hafer und Triticale deutlich über dem Durchschnitt. Nur die Sommerweizen- und Sommergerstenernte waren unterdurchschnittlich.

Die Erzeugerpreise bewegten sich auf dem (niedrigen) Niveau des Vorjahres (siehe Tab. 6). Bei Erzeugungskosten, die bei vielen Betrieben bei mehr oder weniger 13 Euro pro Dezitonne liegen, dürfte der Großteil des Einkommens der Getreidebaubetriebe wieder aus den Direktzahlungen stammen.

**Getreidebau:
Einkommen
vor allem aus den
Direktzahlungen**

Tab. 6: Niveau der an Landwirte gezahlten Erzeugerpreise (August/September 2015) Euro pro Dezitonne¹³

Weizen	14,9
Brotroggen	13,3
Futtergerste	14,4
Futterhafer	13,7
Raps	33,7

Kartoffeln

War 2014 gleichermaßen durch »Bombenerträge und miserable Preise« gekennzeichnet gewesen, so war 2015 eher ein durchschnittliches Kartoffeljahr. Zwar waren die Wachstumsbedingungen im Frühjahr in den Regionen mit großer Trockenheit nicht ohne Probleme, so gab es übers Ganze gesehen doch recht gute Erträge. Auch die Erntebedingungen waren durchweg günstig und die Erzeugerpreise auch. Die Preise für Speisekartoffeln bewegten sich zwischen 15 bis 20 Euro pro Dezitonne. Erneut ein großes Problem waren bei vielen Betrieben wieder Schäden durch Mäusefraß.

Wirtschaftliche Lage

Jedes Jahr im Frühjahr veröffentlicht das Bundesministerium für Landwirtschaft den Bericht *Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe*.¹⁴ Dieser Bericht und seine Aussagen sind deshalb besonders wichtig, weil ihm repräsentativ ausgewählte Betriebe zugrunde liegen.

**Gesamteinkommen
stieg bescheiden**

Einkommen

Übers Ganze gesehen nahm das Einkommen (definiert als »Gewinn plus Personalaufwand«) der Hauptidebetriebe um bescheidene 2,4 Prozent zu. Hinter dieser Zahl verbergen sich kräftig gegenläufige Entwicklungen: Der Rückgang der Getreide-, Raps- und Zuckerrüben-

preise ließ das Einkommen der Ackerbaubetriebe stark zurückgehen (minus 18,7 Prozent). Dagegen bescherten die im ersten Halbjahr 2014 günstigen Milcherzeugerpreise den Milchviehbetrieben ein Plus von 30 Prozent! Im Gegensatz zu diesen beiden Betriebsformen verändert sich das Einkommen der Veredelungs- und der Gemischtbetriebe nur geringfügig. Bei den Dauerkulturbetrieben nahm das Einkommen mit minus zehn Prozent sogar deutlich ab.

Trotz des starken Gewinnrückgangs verteidigten die Ackerbaubetriebe bei den Haupterwerbsbetrieben ihre schon langjährig gegebene Spitzenposition. Bei den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben sank dagegen das Einkommen um sieben Prozent.

Angaben über Juristische Personen wurden nur für die neuen Bundesländer angegeben. Die Betriebe dieser Rechtsform hatten im Vorjahr ihr »Traumergebnis« erzielt (plus 23,9 Prozent Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr). Im Wirtschaftsjahr 2013/2014 konnten sie dieses Ergebnis nicht nur halten, sondern sogar noch leicht steigern. Wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Preise für Ackerbaufrüchte und der für Milch verzeichneten die Futterbaubetriebe unter den Juristischen Personen einen Anstieg um 11,3 Prozent, die Ackerbaubetriebe einen Rückgang um 7,1 Prozent.

Für die Betriebe mit Ökologischem Landbau gab es Angaben nur für die Haupterwerbsbetriebe. Eine sehr erfreuliche Neuerung ist, dass nun seit dem Vorjahr auch für diese Betriebe repräsentative Werte vorliegen! Leider gibt es für diese Betriebe aber keine Differenzierung nach Bundesländern und auch keine nach der Größe der Betriebe. Übers Ganze gesehen nahm bei ihnen das Einkommen um 8,3 Prozent zu (gegenüber einem Zuwachs um 2,4 Prozent bei den konventionellen Betrieben). Trotzdem war bei den Ökobetrieben, ebenso wie im Vorjahr, das Einkommen deutlich geringer wie bei den konventionellen Betrieben (minus 5.000 Euro je Arbeitskraft). Durch den deutlichen Anstieg der Erzeugerpreise für Biomilch konnten sich die Milchviehbetriebe erheblich verbessern. Unverändert krass ist aber das Einkommensgefälle zu Gunsten der Ökoackerbaubetriebe gegenüber allen anderen Betriebsformen (z. B. plus 23.000 Euro je Arbeitskraft gegenüber den Futterbaubetrieben, plus 26.000 Euro je Arbeitskraft gegenüber den Gemischtbetrieben).

Trotz Gewinnrückgangs bleiben Ackerbaubetriebe an der Spitze

Auch im Biobereich stehen Ackerbaubetriebe vorne

Direktzahlungen

Seit der EU-Reform von 1993/1994 haben wir in der Landwirtschaft ein »Kombi-Einkommen«: Ein Teil entsteht durch Erlöse am Markt, der andere durch Direktzahlungen der EU, des Bundes und der Bundesländer. Soweit, so bekannt. Neu und von großer Bedeutung ist aber die Begründung für die Direktzahlungen der EU. Im Grundsatzdokument der aktuellen »Cioloş-Reform« steht für die Direktzahlungen im Rahmen der Ersten Säule folgende Begründung: »Aufgabe der Direktzahlungen ist die Grundsicherung des Jahreseinkommens der EU-Landwirte«. Es geht also nicht mehr um Ausgleich für Senkung der Erzeugerpreise, nicht mehr um

Tab. 7: Einkommen und Direktzahlungen je Arbeitskraft¹⁵

	Haupterwerb									Nebenerwerb
	Ackerbau	Gartenbau	Weinbau	Obstbau	Milch	Sonstiger Futterbau	Veredelung	Gemischt	Insgesamt	
Einkommen je AK (in 1.000 Euro)	49	24	27	26	40	26	42	32	36	13
Direktzahlungen je AK (in 1.000 Euro)	24	<1	2	2	16	22	13	18	14	4
	Juristische Personen				Ökologische Landwirtschaft (nur als Haupterwerb)					
	Ackerbau	Futterbau	Gemischt	Insgesamt	Ackerbau	Futterbau	Gemischt	Insgesamt		
Einkommen je AK (in 1.000 Euro)	59	38	41	44	54	32	28	35		
Direktzahlungen je AK (in 1.000 Euro)	30	22	21	21	34	26	26	26		

**Dienen
Direktzahlungen der
Grundsicherung?**

Ausgleich für (angeblich) höhere Umweltauflagen für die Landwirtschaft der EU – es geht um die Grundsicherung des Einkommens der Landwirte, und das ist durchaus etwas gewaltig anderes! Wie weit diese Aufgabe der Direktzahlungen, eine *Grundsicherung* zu sein, erfüllt wird, soll nun prüfend nachgegangen werden.

Die Tabelle 7 zeigt überaus deutlich:

- Sowohl bei den Juristischen Personen, den Haupterwerbsbetrieben insgesamt und den Haupterwerbsbetrieben mit Ökologischer Landwirtschaft haben die Ackerbaubetriebe das deutlich höchste Einkommen. Am extremsten ist dieser Einkommensvorsprung bei den Ökobetrieben. (Im Vorjahr waren die Unterschiede noch schärfer; der vergleichsweise hohe Milchpreis hat das Einkommen der Futterbaubetriebe diesmal aber deutlich nach oben verschoben.) Doch nicht nur das: Die Ackerbaubetriebe erhalten auch jeweils die deutlich höchsten Direktzahlungen!
- Die Betriebe mit Sonderkulturen haben ein deutlich unterdurchschnittliches Einkommen. Das wird wesentlich dadurch verursacht, dass sie kaum Direktzahlungen erhalten (sie sind im System »Kombi-Einkommen« noch nicht angekommen). Ähnliches gilt für die Nebenerwerbsbetriebe.
- Das Einkommen je Arbeitskraft bei den Juristischen Personen ist deutlich höher als bei den Haupterwerbsbetrieben. Dazu trägt wesentlich bei, dass die von ihnen eingenommenen Direktzahlungen je Arbeitskraft um circa ein Drittel über dem der Haupterwerbsbetriebe liegen (21.000 gegenüber 15.000 Euro).

**Hohes Einkommen
je Arbeitskraft bei
Juristischen Personen**

Die Schlussfolgerungen:

- Mit der Aufgabe, die »Grundsicherung für das Jahreseinkommen der Landwirte« zu gewährleisten, sind weder die überhöhten Direktzahlungen an die Betriebe in der Rechtsform Juristische Personen noch generell an die Ackerbaubetriebe zu rechtfertigen.
- Die Ökobetriebe erhalten zwar die höchsten Direktzahlungen je Arbeitskraft, ihr Einkommen ist aber trotzdem niedriger als das Einkommen der Haupterwerbsbetriebe insgesamt.
- Einen wichtigen Hinweis gibt der Bericht des BMEL über die wirtschaftliche Lage auch zur Frage, in welchem Umfang die naturbedingt höheren Produktionskosten in den benachteiligten Gebieten durch die »Ausgleichszulage« tatsächlich ausgeglichen werden. Ergebnis: In den »sonstigen Gebieten« fehlen (im Vergleich zu Betrieben in nichtbenachteiligten Gebieten) 4.500 Euro, in den Berggebieten sogar 9.000 Euro je Arbeitskraft. Um das angestrebte Ziel eines Ausgleichs der naturbedingten Bewirtschaftungserschwernisse zu erreichen, müsste die Ausgleichszulage verdoppelt werden!

**Ausgleichszulage
müsste doppelt
so hoch sein**

Tab. 8: Einkommen, Direktzahlungen nach Betriebsgröße¹⁶

Standardoutput in 1.000 €	Ackerbau (Haupterwerb)			Milch (Haupterwerb)			
	50–100	100–250	>250	50–100	100–250	>250	
Einkommen je AK (in 1.000 €)	28	45	58	26	40	53	
Direktzahlungen je AK (in 1.000 €)	18	25	24	11	17	24	
Standardoutput in 1.000 €	Gemischt (Haupterwerb)			Juristische Personen			
	50–100	100–250	>250	<1.000	1.000 – <2.000	2.000 – <3.000	>3.000
Einkommen je AK (in 1.000 €)	16	29	44	44	40	44	45
Direktzahlungen je AK (in 1.000 €)	13	17	20	35	27	22	18

Der Bericht über die wirtschaftliche Lage lässt bei den Haupterwerbsbetrieben und bei den Juristischen Personen auch (in einem beschränktem Umfang) Aussagen gewinnen über die Verteilung der Direktzahlungen nach der Größe der Betriebe. Bei den Haupterwerbsbetrieben werden drei, bei den Juristischen Personen vier Größenklassen dargestellt (Tab. 8).

Folgende Ergebnisse können der Tabelle 8 entnommen werden:

- Bei den Haupterwerbsbetrieben steigt das Einkommen je Arbeitskraft mit steigender Betriebsgröße sehr deutlich an (Verdoppelung und noch stärker). Dieser Einkommensanstieg hat seinen Grund auch darin, dass die Direktzahlungen je Arbeitskraft mit der Betriebsgröße zunehmen.
- Bei den Juristischen Personen stellen sich die Verhältnisse anders dar. Während die Einkommen pro Arbeitskraft sich mit steigender Betriebsgröße kaum verändern, verbuchen die »kleineren« der Großbetriebe besonders hohe Direktzahlungen. Offenbar verbinden sich bei ihnen ein großer Flächenumfang (500 Hektar) mit besonders wenigen Arbeitskräften (1,2 AK je 100 Hektar LF). Die Betriebe mit dem höchsten Standardoutput haben zwar viermal so viel Fläche, aber nur einen doppelt so hohen Arbeitskräftebesatz (2,4 AK je 100 Hektar LF).

**Einkommen pro
Arbeitskraft steigt
mit der Fläche**

Die Daten aus dem Bericht über die wirtschaftliche Lage geben bereits einen deutlichen, aber durchaus noch verschwommenen Hinweis darauf, wie sich die Bindung der Höhe der Direktzahlungen an den Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche auswirkt. Noch viel deutlicher werden die Zusammenhänge, wenn man die Zusammenhänge zwischen Flächengröße, Direktzahlungen und Arbeitskräfte unmittelbar betrachtet. Das ist am besten möglich auf der Grundlage der Agrarstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2010.¹⁷

**Direktzahlungen
je Arbeitskraft steigen
mit der Fläche**

Die Tabelle 9 zeigt nicht nur den starken Zuwachs an Direktzahlungen nach dem Umfang der Fläche (das ist keine Überraschung, sondern zwingendes Ergebnis der Berechnungsmethode der Direktzahlungen), sondern ebenfalls einen sehr starken Anstieg je Arbeitskraft.

Tab. 9: Direktzahlungen in Euro nach Fläche und umgerechnet auf Arbeitskräfte¹⁸

Konventionell ¹⁹						
ha	Zahl der Betriebe	LF je Betrieb	Direktzahlungen je Betrieb	Arbeitsleistung insgesamt	Arbeitsleistung je Betrieb	Direktzahlungen je Arbeitskraft
5 – <10	45.308	7,26	2.853	39.324	0,90	3.170
10 – <20	59.274	14,96	5.879	67.510	1,14	5.157
20 – <50	71.131	33,36	13.110	114.609	1,61	8.143
50 – <100	48.870	70,30	27.628	100.839	2,06	13.412
100 – <200	21.446	134,48	52.851	59.349	2,77	19.080
200 – <500	6.697	292,02	114.763	30.021	4,48	25.617
500 – <1000	1.914	709,05	255.967	17.056	8,91	28.728
1000 und mehr	1.439	1.702,72	614.682	39.369	27,36	22.466
Ökologisch ²⁰						
ha	Zahl der Betriebe	LF je Betrieb	Direktzahlungen je Betrieb	Arbeitsleistung insgesamt	Arbeitsleistung je Betrieb	Direktzahlungen je Arbeitskraft
5 – <10	2.006	7,48	3.703	2.150	1,07	3.461
10 – <20	3.886	15,27	7.559	4.753	1,22	6.196
20 – <50	4.937	32,80	16.236	8.473	1,72	9.440
50 – <100	2.753	69,99	34.645	5.981	2,17	15.965
100 – <200	1.382	135,74	67.191	4.210	3,05	22.030
200 – <500	526	296,35	146.693	1.960	3,73	39.328
500 – <1000	151	698,48	345.748	1.546	10,24	33.764
1000 und mehr	63	1.601,14	792.564	994	15,78	50.226

**Krasse Begünstigung
flächenstarker
Betriebe**

Während die zahlenmäßig starke Gruppe (Höfe mit 20 bis über 50 Hektar LF) 8.143 Euro je Arbeitskraft erhält (bei den Ökobetrieben 9.440 Euro je Arbeitskraft), sind es bei den Betrieben mit 1.000 Hektar LF und mehr 22.466 Euro je Arbeitskraft (bei den Ökobetrieben sogar 50.226 Euro je Arbeitskraft). Mit einer »Grundsicherung für das Jahreseinkommen der Landwirte« lässt sich das keinesfalls in Übereinstimmung bringen. Stattdessen erfolgt durch die Bindung der Höhe der Direktzahlungen an dem Umfang der Fläche eine krasse Begünstigung der flächenstarken Betriebe.

Anmerkungen

- 1 www.destatis.de.
- 2 www.destatis.de.
- 3 Presseerklärung des ABL-Landesverbandes Niedersachsen vom 4. Januar 2015.
- 4 HIT-Datenbank.
- 5 Bundesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft: Absatz an Pflanzenschutzmittel in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2014. Braunschweig 2015.
- 6 EASAC: Ecosystem service, agriculture and neonicotinoids. In: Nature 520, doi:10.1038/20157a.
- 7 Top agrar Nr. 12 (2006), R 28.
- 8 M. Hoedemaker: Bedeutung von *Chlostridium botulinum* bei chronischen Krankheitsgeschehen. Schlussbericht am Friedrich-Löffler-Institut. Hannover 2014 (http://download.ble.de/10HS005/2810HS036_Abschlussbericht_FLI.pdf).
- 9 Helge Böhnelt (Göttingen), Monika Krüger (Leipzig) und Karl-Hans Zessin (Berlin) haben in der Fachzeitschrift *Nutztierpraxis aktuell* eine Erwiderung zur Studie der Tierärztlichen Hochschule geschrieben. »Keine Frage: Chronischer Botulismus existiert bei Tier und Mensch. Kritik zur Studie der T. H.«, Manuskript.
- 10 Für genauere Angaben siehe: O. Poppinga und M. Wohlgemuth: Der Drittlandexport von Milch- und Milchprodukten 2005 bis 2014. In: Schriftenreihe »Arbeitsergebnisse« des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung, Heft 6, 2015.
- 11 K. Jürgens: Berechnung des MilchMarkerIndex April 2015, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft, Gleichen 2015.
- 12 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe 34 (2015), S. 50.
- 13 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe 3 (2015), S. 18 f.
- 14 Bundesministerium für Landwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2013/2014 (www.bmelv-statistik.de/de/testbetriebsnetz/)
- 15 Quelle siehe Anm. 14. – Anmerkungen zur Tabelle: Futterbau ist nicht zusammenfassend ausgewiesen. Bei den Juristischen Personen werden nicht Gewinn plus Personalaufwand angegeben, sondern Jahresüberschuss vor Steuer plus Personalaufwand.
- 16 Statistisches Bundesamt für das Jahr 2010, Fachserie 3, Reihe 1 (<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/Argrarstrukturhebung.html>).
- 17 Ebd.
- 18 Statistisches Bundesamt: Betriebe mit ökologischem Landbau. Agrarstrukturhebung 2010. Wiesbaden 2011.
- 19 Direktzahlungen und Zuschüsse in den Haupterwerbsbetrieben 393 Euro/Hektar in den Jahren 2010/11 (ohne Agrardieselvergütung u. Investitionszuschüsse). Ab >500 Hektar 361 Euro/Hektar (= Direktzahlungen und Zuschüsse an die Juristischen Personen).
- 20 Direktzahlungen und Zuschüsse in den Ökobetrieben (ohne Agrardieselvergütung u. Investitionszuschüsse): 495 Euro/Hektar in den Jahren 2010/11.



Professor Dr. Onno Poppinga

Hochzeitstr. 5,
34376 Immenhausen-Holzhausen
E-Mail: rondoppo@t-online.de